

Der Gaspreis fällt und fällt

Putins Plan geht nicht auf: Milde Tage und volle Speicher drücken die Preise.

Niklaus Vontobel
und Florence Vuichard

So hat er sich dies wohl nicht vorgestellt, der russische Präsident Wladimir Putin. Zunächst hatte er noch Erfolg, als er im Sommer begann, einen Wirtschaftskrieg zu führen und die Gasexporte nach Europa zur Waffe machte, indem er diese Exporte drastisch reduzierte. Doch nun, da der Winter naht, scheint Putins wirtschaftliche Offensive genauso still zu scheitern, wie seine militärische Offensive in der Ukraine. Die Gaspreise sind im Oktober regelrecht eingebrochen.

Im Sommer und noch im September verlief alles nach Putins Plan. Die Gaspreise gingen durch die Decke, selbst die Ölpreis-Schocks der Siebzigerjahre wurden in den Schatten gestellt. Und noch besser für Putin: Die rekordhohen Gaspreise drückten auch die Strompreise in die Höhe. In der Schweiz erhielt die Bevölkerung die Folgen vorgeführt, als Anfang September die Elektrizitätskommission Elcom die neuen Tarife vorstellte. Ein typischer Haushalt zahlt nächstes Jahr 27 Prozent mehr – wenn er Pech hat, auch das Doppelte.

Die hohen Preise haben die Nachfrage sinken lassen

Vielleicht hätte Putin seine Ökonomen an einen seiner überlangen Tische bitten sollen. Diese hätten ihm sagen können, wie sein Energiekrieg enden könnte, schreibt die «Financial Times». Wenn ein Gut teurer wird, konsumieren Menschen oder Industrien weniger. Oder sie weichen auf irgendwelche Ersatzprodukte aus. Die Nachfrage sinkt, im Extremfall wird sie regelrecht zerstört – und die Preise kommen wieder herunter.

So sei in Europa die gasintensive Herstellung von Ammoniak für Düngemittel zeitweise ausgesetzt worden, stattdessen wurde mehr aus den USA importiert. In der Stromproduktion wurde Gas ersetzt durch schmutzige Kohle und saubere erneuerbare Energie. Mit solchen kleinen und grossen Sparmassnahmen und Ausweichmanövern konnte beispielsweise in Deutschland der Gasverbrauch deutlich gesenkt werden.

Es hatte sich abgezeichnet. Schon im August hat die deutsche «Frankfurter Allgemeine Zeitung» (FAZ) gefragt: «Kommt



Rauf und wieder runter: Im Oktober wurde deutlich weniger geheizt.

Bild: Jean-Christophe Bott/Keystone

Gas ist wieder günstiger geworden

Preis in Euro pro Megawattstunde. Stand: 2. November 2022



Preis für Terminkontrakte mit Lieferung im kommenden Monat am Referenzmarkt Dutch TTF Gas.
Quelle: Intercontinental Exchange/Grafik: let, mwa

die Industrie jetzt doch ohne russisches Gas über den Winter?» Im Artikel kamen deutsche Ökonomen zu Wort, die schon früh die Prognose gewagt hatten, es dürfte ohne russische Energie zwar hart werden für die Wirtschaft, aber verkraftbar.

Eine Frage der Temperatur

Und die Ökonomen und Energieexperten gehen gar noch von weiter sinkenden Gaspreisen aus: «Die Erdgaspreise werden in den kommenden Monaten um 30 Prozent sinken», halten jene von Goldman Sachs fest. Als Gründe für diese Annahmen nennen sie erstens das milde Wetter. Der vergleichsweise warme Oktober hat den Start der Heizsaison merklich nach

hinten verschoben – und folglich auch den Gaskonsum gedrosselt. Zweitens verweist Goldman Sachs auf das hohe Tempo bei der Lieferung von Alternativen, namentlich die Verschiffung von Flüssiggas nach Europa. «Die Speicher in Europa sind jetzt gut gefüllt», sagt auch René Baggenstos, Chef der Energieberatungsfirma Enerprice.

Das milde Wetter und der Aufbau von Alternativen haben die Ängste vor einer Winterkrise zerstreut. «Es ist tatsächlich eine gewisse Entspannung spürbar», sagt auch Thomas Hegglin vom Verband der Schweizerischen Gasindustrie. Das zeige sich am Preisrückgang am kurzfristigen Spotmarkt. Dieser dürfte gemäss Goldman Sachs noch nicht vorbei sein: Die Wall-Street-

Bank erwartet, dass der europäische Gaspreis im ersten Quartal 2023 von heute 120 Euro auf 85 Euro pro Megawattstunde fällt.

Vor dem Winter ist nach dem Winter

Doch auch wenn dieser Winter glimpflich verlaufen sollte: Die Gaspreise dürften danach wieder steigen – spätestens im nächsten Sommer, wenn alle Länder versuchen werden, ihre bis dahin wohl ziemlich leeren Gasspeicher für den Winter 2023/24 zu füllen. Die Goldman-Sachs-Experten rechnen per Ende Juli mit einem Gaspreis von knapp 250 Euro pro Megawattstunde.

Es gibt ein weiteres Indiz, dass das Problem noch bei weitem nicht behoben ist und die Preise wieder steigen werden: Heute sind – und das ist doch ziemlich aussergewöhnlich – die Gaspreise auf dem kurzfristigen Spotmarkt deutlich tiefer als jene auf dem mittelfristigen Terminmarkt, wie Hegglin erklärt. Oder anders gesagt: Ausnahmsweise ist Gas für kalte Wintertage jetzt billiger als für warme Sommermonate. Denn dann sollen die leeren Speicher wieder gefüllt werden: Und das wird sehr anspruchsvoll, sagt Baggenstos. «Denn im 2023 starten wir nicht erst ab August, sondern von Anfang an ohne den wichtigsten Gaslieferanten», also ohne Russland.

Neue EU-Regeln könnten den Schweizer Banken das Geschäft vermasseln

Mit der grenzüberschreitenden Verwaltung von Milliardenvermögen aus der EU könnte schon bald Schluss sein. Die Schweizer Bankenbranche fürchtet um Arbeitsplätze.

Remo Hess, Brüssel

Es gab eine Zeit, da gehörte es für Menschen mit viel Geld einfach dazu, in der Schweiz ein Bankkonto zu haben. Und auch nach dem Ende des Bankgeheimnisses stehen die Schweizer Geldhäuser bei Kunden aus aller Welt noch immer hoch im Kurs: Die Schweiz ist Weltmarktführerin in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung.

In Europa greifen vor allem viele Reiche und Superreiche aus Deutschland auf Schweizer Dienste zurück. Gründe sind die politische Stabilität, der sichere Franken und das Fachwissen der Schweizer Banker.

Kundenbetreuung nicht mehr vom Paradeplatz aus

Damit könnte aber bald Schluss sein. Neue EU-Regeln könnten zur Folge haben, dass die Betreuung von Kunden aus der EU für Schweizer Bankinstitute nicht mehr wie gewohnt möglich sein wird. Konkret sieht ein Vorschlag zur Revision der EU-Kapitalvorschriften (Capital Requirements Directive) vor, dass eine Schweizer Bank neu eine physische Zweigstelle in der EU eröffnen muss, um die dortige Kundschaft betreuen zu dürfen.

Für Grossbanken wie Credit Suisse und UBS ist das an sich kein Problem, da diese bereits über EU-Tochtergesellschaften verfügen. Betroffen wären von der neuen Niederlassungspflicht viel stärker etwa kleinere Privatbanken. Deren Zweigstellen müssten wesentlich mit Kapital und Personal ausgerüstet werden. Das können und wollen sich viele nicht leisten.

Auf der anderen Seite wollen das viele Kunden ebenso wenig: Sie möchten explizit von Schweizer Bankern aus der Schweiz heraus betreut werden. Es geht neben der Anlage in Franken auch darum, dass die Schweiz als Nicht-EU-Mitglied einen anderen Rechtsraum bildet.

Es geht um viel Geld und Wertschöpfung

Werden die neuen EU-Regeln wie geplant umgesetzt, wäre das für den Schweizer Bankenplatz fatal. Faktisch würde der EU-Marktzugang im Bereich der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung in Frage gestellt.

Es geht um viel Geld, Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Schweiz: 20 000 Jobs hängen an der Vermögensverwaltung von rund 1000 Milliarden aus dem EU-Ausland. Rund 1,5 Milliarden Franken an Steuereinnahmen werden mit dem sogenannten «Offshore-Banking» generiert, so die Zahlen der Vereinigung Schweizerischer Assetmanagement- und Vermögensverwaltungsbanken (VAV).

Die EU treibt die neuen Regeln auch deshalb voran, um einen Teil des in internationale Finanzzentren abgewanderten Geschäfts wieder zurückzuholen. Dabei geht es ihr nicht mal um die Schweiz. Sondern um sämtliche Drittstaaten und in besonderem Mass um das Vereinigte Königreich, das nach dem Brexit zu einem strukturellen Konkurrenten im Bereich der Finanzdienstleistungen geworden ist. Die Schweiz, die kein umfassendes Finanzdienstleistungsabkommen mit der EU abgeschlossen hat, wird gewissermassen zum Kollateralschaden.

Vor 2026 treten die neuen Regeln nicht in Kraft

Aber noch ist nichts entschieden. Kommende Woche diskutieren die Wirtschaftsminister der EU-Staaten ein erstes Mal über den Vorschlag der EU-Kommission. Während sich das EU-Parlament gewöhnlich noch strenger als die EU-Kommission positioniert, gibt es unter den Mitgliedsstaaten durchaus Widerstände gegen die geplante Harmonisierung, namentlich von Deutschland. Ob die neuen Vorschriften daher so durchkommen, wie von der EU-Kommission im Oktober vor einem Jahr vorgeschlagen, muss sich zeigen. Liegt eine Einigung, wie geplant, bis Mitte 2023 vor, könnten die neuen Regeln bis 2026 in Kraft treten.

Bei der Schweizer Bankiervereinigung gibt man sich zurückhaltend und verweist auf den laufenden Meinungsbildungsprozess in der EU. Abgesehen davon sei man «weiterhin überzeugt, dass die Gewährung des grenzüberschreitenden Marktzugangs in die EU zu offenen und integrierten Märkten beiträgt und daher im Interesse von EU-Investoren und damit letztlich im Interesse der EU liegt», sagt ein Sprecher.

ANZEIGE

abo+

Mehrwert mit abo+

Exklusive Inhalte

Mit abo+ erhalten Sie freien Zugriff auf vertiefte Recherchen und exklusive Informationen aus Ihrer Region, der Schweiz und der Welt.

luzernerzeitung.ch

Sunrise: Mehr Umsatz, weniger UPC

Medien Die Telekom-Firma Sunrise konnte den Umsatz im dritten Quartal gegenüber der Vorjahresperiode um 1,5 Prozent auf 763,7 Millionen Franken steigern. Das teilte sie gestern mit. Im Mobile-Bereich bilanziert sie einen Nettozuwachs von 58 000 Abonnenten. Der durchschnittliche Umsatz pro Kunde sank aber um 3,5 Prozent auf knapp 66 Franken. Auch Festnetz-Abos gingen verloren. Das segmentbereinigte Ebitda

nahm um 2,3 Prozent auf 292,1 Millionen Franken ab. Beim Breitband-Internet stagnierte Sunrise, was mit dem «schrittweisen Abbau der Marke UPC» begründet wird.

Umbruch in der Geschäftsleitung

Liberty Global, die Besitzerin des ehemaligen Schweizer Kabelnetzbetreibers UPC, hatte Sunrise im Jahr 2020 übernommen und sich in der Folge ent-

schieden, nur noch auf deren Namen zu setzen.

Am Dienstag hatte Sunrise einen Umbau der Geschäftsleitung angekündigt. Nicht mehr zum achtköpfigen Executive Committee gehören Stefan Fuchs, Christoph Richartz und Mick Fernhout, die bei Sunrise bleiben. Die ehemaligen Mitglieder Nadine Zollinger, Françoise Cledes, Giuseppe Bonina und Robert Wigger werden die Firma verlassen. (ehs)